Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/2792

Arbeiterwohlfahrt
Landesverband
Schleswig-Holstein e.V.

AWO Interkulturell • Sibeliusweg 4 • 24109 Kiel

An die
Vorsitzende des
Innen – und Rechtsausschusses
Frau Barbara Ostmeier, MdL
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

Arbeiterwohlfahrt
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
AWO Interkulturell
Regionale Beratungsteams gegen Rechtsextremismus
Sibeliusweg 4
24109 Kiel

Tel: 0461 48065160
torsten.nagel@awo-sh.de

Ihre Zeichen / Ihr Schreiben vom	Unsere Zeichen	Durchwahl	Datum
	na-		26.08.2019

Schriftliche Anhörung des Innen – und Rechtsausschusses des Schleswig – Holsteinischen Landtags, Drucksachen 19/1316 und 19/1331

Sehr geehrte Frau Ostmeier,

der Innen - und Rechtsausschuss des Schleswig – Holsteinischen Landtags bat mit Schreiben vom 10. Juli um eine schriftliche Stellungnahme zum Antrag der Abgeordneten des SSW, Extremisten entwaffnen, Drucksache 19/1316, und zum Alternativantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1331, der ich hiermit nachkomme.

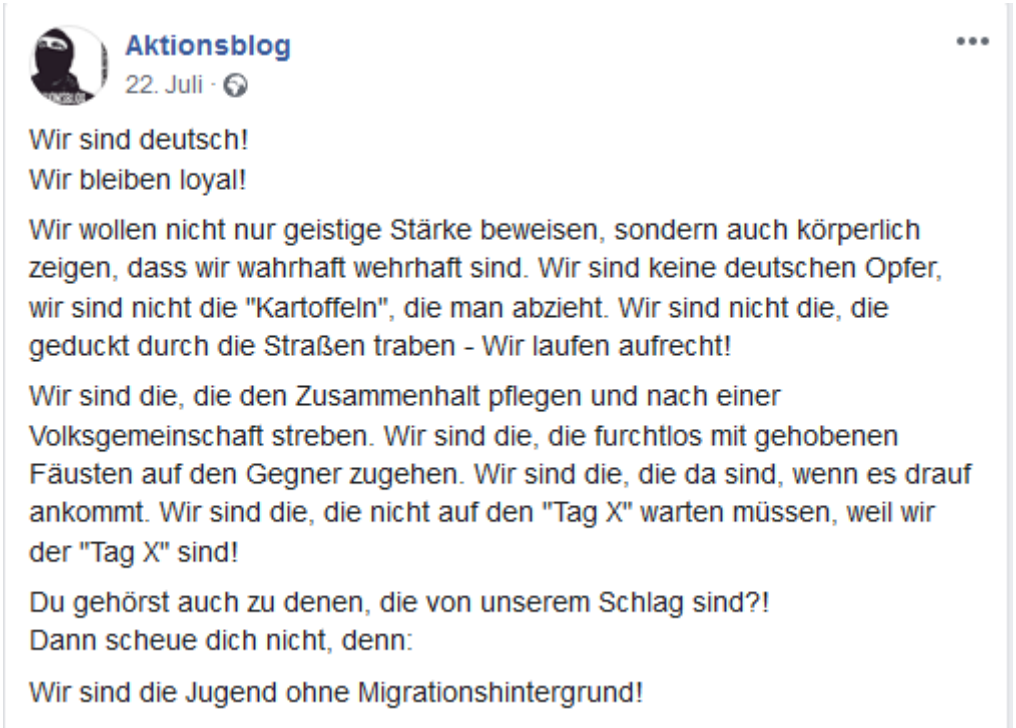
Die Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus des AWO Landesverbands Schleswig – Holstein e.V. arbeiten seit 2009 über Bundesmittel gefördert mit einem Büro in Kiel und seit 2013 über das Landesprogramm zur Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung mit Büros in den weiteren Landgerichtsbezirken Lübeck, Itzehoe und Flensburg. Die RBTs stärken die Zivilgesellschaft, unterstützen die Erziehung zu Demokratie und Toleranz, fördern soziale Integration und interkulturelles Lernen und tragen durch Bildungsarbeit präventiv dazu bei, dass Menschen rechtsextreme, rechtspopulistische, rassistische und andere menschenverachtende Einstellungen erkennen und sich kritisch damit auseinandersetzen.

Die vielfältigen jeweils didaktisch und methodisch auf die Zielgruppe abgestimmten **Angebote** der RBT's richten sich an Kinder, Jugendliche und Heranwachsende, an Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen, Erzieher*innen, Eltern, Kommunen, Institutionen, Vereine, Bildungseinrichtungen, Kitas, zivilgesellschaftliche Bündnisse, Einzelpersonen, sowie an hauptberuflich / ehrenamtlich pädagogisch Arbeitende. Die RBTs bieten für die verschiedenen Zielgruppen eine vertrauliche, professionelle, unbürokratische, kostenlose und in der jeweiligen Beratungsregion aufsuchende Beratung an. Die RBTs arbeiten in Beratungsprozessen moderierend und nehmen eine ausgewogene professionelle Distanz wahr.
Des Weiteren bieten die RBTs in den Räumen der Beratungsnehmenden Gruppenangebote, Fortbildungen, Workshops, Netzwerktreffen, etc. an. Unterstützungspartner werden vor Ort identifiziert, Netzwerke angestoßen und begleitet.
Im Hinblick auf die Stärkung des Gemeinwesens und um zunehmendem Rassismus und Rechtsextremismus eine lebendige Zivilgesellschaft entgegenzustellen, die sensibel und konstruktiv auf Demokratie – und Menschenfeindlichkeit reagiert, orientieren wir uns an den Ressourcen der jeweiligen lokalen Akteur*innen vor Ort, mit dem Ziel gemeinsam Handlungskonzepte zu entwickeln.

Die Angebote im Themenfeld Rechtsextremismus umfassen Beratung, Information, Vernetzung, Fortbildungen, Seminare, Veranstaltungen, Vorträge, Workshops, Argumentationstrainings, Ausstellungen, Filme, usw., sowie die Erstberatung von Diskriminierung Betroffener.

Seit 2015 nehmen wir im Zuge der nach Deutschland, Schleswig – Holstein, gekommenen Geflüchteter* eine Zunahme von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, vor allem von Rassismus, wahr, der sich gegen Geflüchtete, Muslime und People of Colour richtet.
Häufig blieb dieser „Hass“ nicht in geschlossenen Gruppen oder sozialen Medien, sondern richtete sich direkt gegen Geflüchtete, People of Colour,Muslime, Politiker*innen und politische Gegner*innen.
Nach den Ereignissen in Chemnitz im Sommer 2018 nahmen wir in unserer Arbeit eine weitere gesellschaftliche Polarisierung und „Verrohung“, die sich häufig „nur“ in den sozialen Medien manifestiert, bis in die Mitte der Gesellschaft, wahr.
Bei den politisch motivierten Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund 2017 auf 100000 Einwohner*innen gerechnet nach einer statistischen Aufstellung auf Grundlage der Verfassungsschutzberichte nahm Schleswig – Holstein mit 1,63 Gewaltaten den Spitzenplatz bei den alten Bundesländern ein. 2018 mit einem pro 100000 Einwohner*innen lag Schleswig - Holstein noch auf Platz 4 der alten Bundesländer (vgl. Statista.com).
Der rechtsextreme Mord an Walter Lübcke und die Schüsse auf einen Eriträer in Wächtersbach zeigen eine zunehmende gefährliche Gewaltbereitschaft von Rechtsextremen. Auch in Schleswig – Holstein gibt es aus dem letztem Monat Beispiele dieser Gewaltbereitschaft. Anfang Juli wurde nach einer Morddrohung gegen einen SSW Kommunalpolitiker ein Sabotageanschlag auf sein Auto verübt und im gleichen Zeitraum gab es einen Anschlag auf die Moschee in Schleswig. Die beim mutmaßlichem Täter Stephan E. von Walter Lübcke vermutete Verbindung zu Combat 18 und den 2000 verboteten Blood & Honour reichen auch nach Schleswig – Holstein. „Regionale Schwerpunkte in Deutschland bilden der Raum Dortmund, Ostholstein, Thüringen und Nordhessen“ (HNA am 18.06.2019).2003 wurden bei einem C 18 Mitglied in Pinneberg Schusswaffen gefunden. Weitere „terroristische Strukturen, Organisationen bestehen in Schleswig – Holstein mit der Nordic Division, wo es im Herbst 2018 auch Hausdurchsuchungen und Ermittlungen gegen 2 Männer und eine Frau gab und in den Nordadlern, mit einer Person in Schleswig – Holstein.

Die Amadeu – Antonio Stiftung geht seit 1990 von 196 Todesopfern und 12 Verdachtsfällen durch rechte Gewalt aus (https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/rassismus/todesopfer-rechter-gewalt/). Die Morde des NSU zeigen die Gefährlichkeit von Schusswaffen in den Händen von Rechtsextremen. Die derzeitige gesellschaftliche Polarisierung mit einhergehendem Rechtsruck, Zunahme von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und „rechtsextremen Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft“ (vgl. Decker, Brähler 2018: Flucht ins Autoritäre – Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft), mit PEGIDA und seinen Ablegern einer ersten großen sozialen Bewegung von Rechts und dem Glauben der extremen Rechten das es jetzt 5 vor 12 ist, um den „Großen Austausch“ (IB) und die „Islamisierung“ zu stoppen.
Rechtsextreme organisieren sich und trainieren in Kampfsportgruppen den „Ernstfall“. Hier beispielhaft ein Screenshot von einem Rostocker Aktionsblock.



Auch in Schleswig – Holstein sind Rechtsextreme zunehmend in Kampfsportvereinen organisiert.

Wie der Screenshoot zeigt haben Rechtsextreme eine hohe Gewaltbereitschaft und zögern nicht diese einzusetzen.

Nach einer Kleinen Anfrage der Grünen im Bundestag sind von über fünf Millionen Waffen in Privatbesitz knapp 6000 als gestohlen und knapp 23000 als abhandengekommen gemeldet worden. Der Sprecher der Initiative „Keine Mordwaffen als Sportwaffen“ warnte in einem Artikel in der SHZ vom 25.07.2019, dass seit Jahren bekannt ist, dass sich Extremisten gezielt über Schützenvereine bewaffnen und fordert ein Verbot tödlicher Sportwaffen egal welcen Kalibers (vgl. „Grüne:“Waffenrecht schützt Gesellschaft nur unzureichend“ SHZ, 25.07.2019).

Eine Kleine Anfrage der Linken im Bundestag, Drucksache 19/2912, zu „Waffenbesitz und Waffeneinsatz von und durch Neonazis wurde von der Bundesregierung beantwortet, dass nach Kenntnis Anfang November 2017 rund 750 Rechtsextremisten über eine oder mehrere waffenrechtliche Erlaubnisse verfügen. Schusswaffen sind unter anderem bei Straf und Gewalttaten gegen Asylunterkünfte verwendet worden. Von 2017 bis zum Juni 2018 listet die Bundesregierung bundesweit 22 Fälle auf und gegen Asylbewerber / Flüchtlinge 12 Fälle (vgl. Deutscher Bundestag, 19 Wahlperiode, Drucksache 19/2912). Von einem hohem Dunkelfeld ist in diesen Kontexten auszugehen.

Eine jüngere Anfrage der Grünen im Niedersächsichen Landtag kommt nach einem NDR Bericht vom 23.08.19 zu folgender Feststellung: „Den Behörden in Niedersachsen sind Rechtsextremisten bekannt, die scharfe Schusswaffen besitzen. Das lässt sich einer Anfrage der Landtagsgrünen in Hannover entnehmen. Sie wollten vom Innenministerium wissen, wie viele Rechtsextremisten Zugang zu Waffen haben. Die Antwort des Ministeriums von Boris Pistorius (SPD) ist nebulös und dennoch alarmierend: Insgesamt 30 als rechtsextrem eingestufte Personen verfügen in Niedersachsen über waffenrechtliche Erlaubnisse. In 26 Fällen handelt es sich um sogenannte Waffenbesitzkarten (WBK)“ (vgl.: https://www.ndr.de/info/Scharfe-Waffen-in-den-Haenden-von-Rechtsextremen,waffenscheine118.html).

In Schleswig – Holstein verfügen 20 Reichsbürger*innen / Prebber über eine waffenrechtliche Erlaubnis. Hinzu kommen 27 als rechtsextremistisch eingestufte Bürger*innen die ebenfalls über eine waffenrechtliche Erlaubnis besitzen (vgl. Antrag des SSW, Drucksache 19/1316).

In dem gesamten Themenspektrum gibt es ein hohes Dunkelfeld und der Personenkreis, der sich radikalisiert hat, aber noch nicht in der Datei des Verfassungsschutzes als Rechtsextremist oder Reichsbürger*in/Prebber gelistet wird ist sehr hoch.

Aus der Sicht des Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus sollten auf Grund obiger Ausführungen die Anträge „Extremisten entwaffnen“ Drucksache 19/1316 und 19/1331 umgesetzt werden. Des Weiteren sollte das Waffenrecht verschärft werden und der Zugang zu Waffen generell erschwert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Torsten Nagel

Einrichtungsleiter

Regionale Beratungsteams gegen Rechtsextremismus

AWO Interkulturell